

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

21/SVV/1136

öffentlich Betreff: Dauerhafter Einsatz konventioneller Wärmeerzeugung für den Stadtteil Krampnitz Erstellungsdatum: Einreicher: Stadtverordneter Chaled-Uwe Said, Fraktion AfD 19.10.2021 Freigabedatum: Beratungsfolge: Datum der Sitzung Gremium Zuständigkeit 03.11.2021 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam Entscheidung Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam wird beauftragt zu prüfen, wie hoch die Kosten pro KWh Wärme durch dauerhaften Einsatz konventioneller Wärmeerzeugungskonzepte für den geplanten neuen Stadtteil Krampnitz sind. gez. Said Fraktionsvorsitzender Ergebnisse der Vorberatungen Unterschrift auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:		Termin:
--------------------------------	--	---------

Demografische Auswirkungen:				
Klimatische Auswirkungen:				
Finanzielle Auswirkungen?		Ja [Nein
(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)				
				ggf. Folgeblätter beifügen

Aus der Antwort auf die Kleine Anfrage 21/SVV/1024 ("Vergleich von Wärmeerzeugungskosten für den neuen Stadtteil Krampnitz") ergibt sich die Frage, warum die dauerhafte Erzeugung von Wärme und die Kosten für die neuen Einwohner pro KWh Wärme mit konventionellen Energieträgern nicht geprüft und der angestrebten CO2-neutralen Wärmeerzeugung aus Umgebungswärme vergleichend gegenübergestellt wurde.

Es ist durchaus sinnvoll, bei temporär steigenden Kosten für Energieträger, Energieeinsparungen und alternative Wärmeerzeugungsmaßnahmen anzustreben.

Allerdings haben die Bürger ein Recht darauf, transparent über die Mehrkosten pro KWh Wärme im Vergleich zur konventionellen Wärmeerzeugung informiert zu werden und dann zu entscheiden, was für eine Wärme- oder auch Stromerzeugung für die dauerhaft stabile und günstige Versorgung eingesetzt werden soll.

Im Sinne der sozialen Gerechtigkeit müssen sich überdies alle Bürger auch ohne staatliche Transferleistungen die Wärmeerzeugung leisten können. Versorgungskonzepte für Neubauten, die im Verhältnis zur restlichen Wärmeversorgung in Potsdam wesentlich höhere Mehrkosten erzeugen, sind zu vermeiden.